

Washington in Winter

von Norman Birnbaum, 10.01.2015

Die erste Sitzung des neuen Kongresses zeichnete sich durch die größte republikanische Mehrheit seit 1946 aus (246 Republikaner, 188 Demokraten). Im Senat haben die Republikaner eine viel kleinere Mehrheit (54 gegenüber 46), was wegen der Regelung, dass sechzig Stimmen erforderlich sind, um ein Gesetz zur Abstimmung zu bringen, mehr Zusammenarbeit zwischen den Parteien erfordern wird. Dem Sprecher (Vorsitzenden) des Kongresses, dem Abgeordneten Boehner aus Ohio, waren bereits vorher Schwierigkeiten angekündigt worden von 24 Mitgliedern seiner eigenen Partei, die sich weigerten, für ihn zu stimmen. Diese sprachen stellvertretend für viele, die für das reine republikanische Projekt streiten wollen (den Abbau des amerikanischen Wohlfahrtsstaats, die Deregulierung des Kapitals, das Ende der Einwanderungspolitik und die Ausweisung der elf Millionen Einwohner der USA mit rechtlich ungeregeltem Status, eine Rückkehr zum Christentum in seiner buchstabengetreuen biblischen Form als Quasi-Staatsreligion, die Ablehnung der Aussöhnung mit Kuba und dem Iran, volle und bedingungslose Unterstützung Israels, oder eher der alttestamentarisch Bibeltreuen in dem Land). Diese Republikaner glauben, dass nur eine kompromisslose Offensive den Weg bereiten kann für einen republikanischen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im November 2016.

Es gibt Zweifler und Spaltungen in der republikanischen Partei. Einige erinnern sich daran, dass die Präsidentschaftswahl eher eine Wahlbeteiligung von sechzig Prozent haben wird als die 37 Prozent, die den neuen Kongress gewählt haben – und dass diese sechzig Prozent Obama 2012 wiedergewählt haben und sich wohl auch für einen demokratischen Nachfolger entscheiden werden. Die sich selbst als "moderat" bezeichnenden Republikaner meinen, dass man dieses Ergebnis nur abwenden könne, indem man wenigstens den Anschein erweckt, dass die Republikaner kulturell und religiös modern und offen seien, sich dem wirtschaftlichen und sozialen Wohl der ganzen Nation verschrieben und nicht nur der schwindenden weißen Mehrheit. Schließlich, erklären sie nicht gerade in gedämpften Ton, stellten die Republikaner 33 von 50 Gouverneuren und 29 von 50 Legislativen. Viele amerikanische Regierungsaufgaben werden auf Ebene der Einzelstaaten gesetzgeberisch geregelt und verwaltet, und die Staaten sind häufig in der Lage, Initiativen der zentralen, bundesstaatlichen Regierung in Washington zu modifizieren, verlangsamen oder gar zu blockieren.

Außerdem sind eine Mehrheit im Obersten Gerichtshof und ein sehr großer Teil der Bundesgerichte auf den beiden Ebenen unter dem Obersten Gerichtshof Republikaner und sympathisieren mit dem Plan, die Sozialethik und Errungenschaften der Demokraten in Gesetzgebung und Administration seit dem New Deal unter Franklin Roosevelt und seinen demokratischen Nachfolgern zurückzudrehen. Ein wesentlicher Anreiz, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, ist in der Tat die Befugnis des Präsidenten, in Übereinstimmung mit dem Senat Bundesrichter zu berufen, die ihren Posten zeit ihres Lebens behalten.

Die geschrumpfte demokratische Minderheit im Haus identifiziert sich mit der Wohlfahrts-Tradition des New Deal und der 'Great Society'. Die demokratischen Abgeordneten konzentrieren sich in Städten und Staaten mit gemischter und weltoffener Wählerschaft, mit Afro-Amerikanern, Arbeiterfrauen, Menschen mit universitärer Bildung und oft Weltgewandten, die für soziale Experimente empfänglich und in vielen Fällen von der Regierung abhängig sind hinsichtlich der Finanzierung von Bildung, Gesundheitsvorsorge und lokalen Dienstleistungen. Mit seiner Wahl auf zwei Jahre war das Haus ursprünglich als die demokratischere der beiden Kammern gedacht. Tatsächlich aber legen die Gesetzgeber der Einzelstaaten die Wahlkreise in ihren Staaten aber so fest, dass sie die dominierende Partei bevorzugen. Diese tendenziöse Definition der Wahlkreise im Haus ist ein nachdrücklicher Schlussakkord zur unrepräsentativen Natur des Senats, in welchem jeder Staat unabhängig von seiner Größe zwei Sitze hat. Ein Drittel des Senats wird alle zwei Jahre gewählt, und jeder Senator hat eine Amtszeit von sechs Jahren. Das hat eine gewisse Lehnsherrenart

hervorgebracht – aber auch die Konzentration gesetzgeberischer Erfahrung und Macht, die dem amerikanischen Wohlfahrtsstaat eine Kontinuität verschafft hat. Im aktuellen Senat teilen sich die Demokraten auf zwischen denen, die den Wohlfahrtsstaat und die staatlichen Regulierungen verteidigen und sogar auszudehnen anstreben und denen mit differenzierteren Positionen.

Die große Teilung Amerikas in der Frage der Rassen, erkennbar an den sehr gemischten Reaktionen der Afro-Amerikaner und der weißen Bevölkerung auf das Verhalten der Polizei, hat seit dem Ende der Präsidentschaft Johnsons 1968 die Reintegration der weißen Arbeiterschaft in die demokratische Wählerschaft sehr schwer, wenn nicht unmöglich gemacht. New York City mit seinen Gewerkschaften, seiner Intelligenzia und Einwanderer-Bevölkerung war der klassische Ort des amerikanischen Wohlfahrtsstaats (beide Roosevelts waren Gouverneure von New York, und Robert Kennedy als radikaler Präsidentschaftskandidat 1968 war Senator von New York, als er ermordet wurde). Hillary Clinton hat sich entschieden, Bürgerin von New York zu werden, um eine Basis für ihre Ambitionen auf die Präsidentschaft zu legen. Doch New York ist heute Schauplatz eines ernsthaften Konflikts zwischen einem vorwiegend weißen Polizeiapparat und einem Bürgermeister, der dessen Taktiken kritisch sieht. Das spiegelt eine landesweite Spaltung, in der Weiße, speziell männliche Weiße, in der unteren Hälfte von Bildung und Einkommen positiv auf eine rassistische Rhetorik und Politik der republikanischen Partei anspringen. Der dritthöchste rangierende Republikaner im neuen Repräsentantenhaus hat offen um die Unterstützung einer rechtsextremen und tatsächlich neonazistischen Gruppe gebuhlt – und ist deswegen keineswegs aus seiner Führungsposition entfernt worden. Der weißen Arbeiterklasse der republikanischen Wähler wird vermittelt, dass die Leistungen des Wohlfahrtsstaats, die mit harter Arbeit verdient worden sind, von den Demokraten auf unverantwortliche Art und Weise an faule und korrupte Afro-Amerikaner und Latino-Einwanderer verteilt werden, die das nicht verdienen. Es ist erstaunlich, dass Weiße, die von Einwanderergruppen des letzten und vorletzten Jahrhunderts abstammen, vor allem katholischer Herkunft, für dieses Argument besonders empfänglich sind. Mit dem zahlenmäßigen Rückgang der Industriegewerkschaften im Nordosten und Mittleren Westen haben die Institutionen der politischen Bildung, die Afro-Amerikaner und Weiße vereint haben, vieles von dem Einfluss verloren, der die Regionen Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts zu einem sicheren Gelände für Demokraten gemacht hatte.

Jetzt ist ganz klar die Stunde des Präsidenten – oder eher viele Stunden, denn er hat noch 24 Monate im Amt, braucht sich nicht um die Wiederwahl zu scheren und schuldet seiner eigenen Partei nicht allzu viel. In den Medien und bei den Washingtoner Insidern wirft die Wahl 2016 bereits einen ahnungsvollen Schatten auf ihn. Denn die große Mehrheit der Bürger hält vieles von dem, was über Kandidaturen in beiden Parteien und die extensiven (und immens teuren) Vorwahlen gesagt und geschrieben wird, für völlig irrelevant für ihr gegenwärtiges Leben. Die amerikanische Öffentlichkeit und der Großteil der Wähler konzentriert sich erst in den Oktoberwochen unmittelbar vorher um die Wahlen, die am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November abgehalten werden. Der jetzige Präsident und der Kongress werden für die Wirtschaft, Außenpolitik und das soziale Klima zur Rechenschaft gezogen, bis sie das Amt abgeben. Der Kongress genießt einen schlechten Ruf, und es gibt bisher keine Anzeichen dafür, dass der neue Kongress etwas von dem öffentlichen Ansehen und dem Vertrauen zurückgewinnen kann, die seine Vorgänger verloren haben. Im Gegenteil, die Stimmen gegen Boehner als Sprecher lassen vermuten, dass es ein großes Potential für vom Kongress initiierte Konflikte mit dem Präsidenten gibt, die eine bereits distanzierte, teilweise gar schon zynische Öffentlichkeit weiter aus der Fassung bringen werden. Die Zustimmungswerte des Präsidenten selbst sind etwas gestiegen, man muss sich aber der Grenzen dieser Art von Meinungsfragen bewusst sein (was der intelligente Obama zweifelsohne ist). Zunächst halten ihn mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung für unfähig, irgendetwas zu erreichen, sie betrachten ihn mit tiefem Argwohn und Feindseligkeit. Wenn seine Zustimmungsrate vierzig Prozent erreicht (aktuell ist die Zahl etwas höher), hat er die Hälfte der achtzig Prozent, die

für ihn möglich ist. Und das ist, genaugenommen, das, was er braucht.

Man kann das ganze auch von einer anderen Seite aus sehen: Zeitgenössische Einschätzungen einer Präsidentschaft und die nachfolgenden Urteile von Historikern liegen oft deutlich auseinander. Truman wurde in den letzten Jahren im Amt von vielen Amerikanern als großer Versager angesehen, aber Historiker (und die gängige Bildersprache) beschreiben ihn heute als eine wichtige Figur. Lincoln lief 1864 Gefahr, die Wahlen zu verlieren, und gilt heute als unsterblich. Nixon wurde aus dem Amt gejagt, aber seine Beendigung der absurden Weigerung, China diplomatisch anzuerkennen, und seine Atomwaffen-Abkommen mit der UdSSR (und die Vorbereitungen der Verträge von Helsinki) verdienen Respekt, mehr als das. Obama hat sich mehrfach mit Präsidentschaftshistorikern getroffen. Ein ständiges Mitglied dieser Gruppe hat den Eindruck, dass der Präsident langfristig denkt und dass die Abgeklärtheit seiner Grundhaltung ihm dabei zugute kommt: Er zieht es vor, auf das Urteil der Nachwelt zu setzen und ist innerlich nicht in der Gegenwart gefangen. Die innere Unabhängigkeit des Präsidenten hilft ihm, der extrem gut organisierten Kampagne von Feindseligkeit und Behinderung gegen ihn zu begegnen und auf Abstand zu bleiben. Es gibt jedoch institutionelle Realitäten, an die sowohl Republikaner und Demokraten, die nicht mit ihm übereinstimmen, als auch der Präsident gebunden sind. Ein US-Präsident kann sich einer sehr große Menge von Amtsbefugnissen bedienen und hat einen weiten Gestaltungsspielraum in administrativer Hinsicht. Davon abgesehen verfügt er über das Vetorecht, und angesichts der numerischen Verhältnisse der Republikaner im aktuellen Kongress kann er im Grunde jede Haushalts- oder politische Initiative des Kongresses blockieren, mit der er nicht einverstanden ist. Die Republikaner ihrerseits können drohen, die Bundesregierung stillzulegen (obwohl ihnen das in der jüngeren Vergangenheit politisch eher geschadet hat), sie können versuchen, das Funktionieren bestimmter Ressorts und Ämter zu blockieren, sie können die Ermittlungsmacht des Kongresses benutzen, um ganze Regierungsbereiche zu schikanieren und sogar lahmzulegen.

Konkreter: Was will der Präsident erreichen? In Bezug auf die Wirtschaft, wo er von einer Vorsitzenden der Zentralbank unterstützt wird, die der Stimulierung des Arbeitsmarkts klar Vorrang gibt vor der Drosselung der (kaum wahrnehmbaren) Inflation, ist sein Ziel, die Erholung fortzusetzen, die die Arbeitslosigkeit unter sechs Prozent gedrückt hat und das Wirtschaftswachstum nach oben – Richtung fünf Prozent in den aktuellen Statistiken. Die Löhne sind allerdings nicht gestiegen, und es besteht weiterhin die generelle Tendenz zu noch mehr wirtschaftlicher Ungleichheit.

Der Präsident schlägt vor, dem zu begegnen, indem er von amerikanischen Firmen verlangt, ihre Profite aus dem Ausland ins Land zurückzuführen und Steuern darauf zu zahlen. Das könnte ein neues Projekt des Weißen Hauses finanzieren: die bundesstaatliche Finanzierung eines großen Teils der Kosten der höheren Bildung für eine beträchtliche Zahl junger Bürger, deren ältere Geschwister (und oft auch Eltern) noch damit kämpfen, ihre Studienkredite abzuzahlen. Der Präsident vertritt die Ansicht, dass das Land ohne eine gebildete Erwerbsbevölkerung den Wohlstand auf breiter Ebene nie wieder erreichen wird. Ein weiteres Projekt des Weißen Hauses, das massive nationale finanzielle Unterstützung braucht, ist ein dauerhaftes: die Erneuerung der zusammenbrechenden Infrastruktur. Unsere Brücken, Autobahnen, öffentlichen Verkehrssysteme, Wasser- und Abwasserversorgung müssen modernisiert werden. Der Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, hat gerade ein Projekt einer Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke zwischen Los Angeles und San Francisco gestartet, das einzige seiner Art im Land (Der schnellste Zug zwischen New York und Washington braucht heute genau so lange wie der, mit dem ich 1942 erstmals von New York nach Washington gefahren bin).

Vorschläge des Präsidenten dieser Art werden sicher die Demokraten mobilisieren. Wenn sie von den Republikanern als ganze abgelehnt werden, bleiben sie als Obamas Geschenk an den Demokraten, der für seine Nachfolge kandidieren wird. Auf einem ganz anderen Blatt steht, dass

viele Demokraten und einige Republikaner nicht bereit sind, dem Präsidenten die gewünschten Befugnisse zuzugestehen, um den Handel auszuweiten. Die Gewerkschaften, sonst starke Unterstützer, sind in dieser Sache unnachgiebig. Noch ist offen, wie sehr sich der Präsident für ein Projekt ins Zeug legen wird, das wichtige Teile des amerikanischen Kapitals befürwortet (eben jene, die von Bill Clintons 'Drittem Weg' so begeistert waren). Hier könnten die Verwerfungen innerhalb der demokratischen Partei letztendlich die Auswahl des Präsidentschaftskandidaten beeinflussen.

Die Einwanderungsreform ist ein wesentliches Thema, das bereits groß auf der politischen Agenda steht. Der Präsident schlägt hier vor, seine bereits vorhandenen Befugnisse zu nutzen, um die Ausweisung von bis zu fünf Millionen Einwanderern zu aufzuhalten – und ihnen eine Chance zu geben, schlussendlich doch die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Viele Republikaner sind darüber so aufgebracht, dass sie drohen, das komplette Budget für innere Sicherheit zu blockieren. Jedenfalls ist der Präsident, auch angesichts des großen Rückhalts für diese Maßnahme unter den Latinos, in dieser Sache einig mit seiner Partei und auch mit einer Minderheit unter den Republikanern. Eine Mehrheit von Republikanern wird in Gegenden und Staaten gewählt, in denen die weiße Mehrheit ein Gefühl der Belagerung hat.

Klima und Umwelt sind ebenfalls große Themen mit Konfliktpotential. Die Abkommen des Präsidenten mit China und anderen Nationen über Maßnahmen zur Reduzierung der globalen Erwärmung haben Republikaner alarmiert, die die Unkenntnis der Bevölkerung im großen Stile ausnutzen. Eine große Zahl republikanischer Wähler hält das Problem für eine Erfindung von Wissenschaftlern oder eine verlogene Rechtfertigung für staatliche Regulierung. Viele glauben, das Thema liege in Gottes Hand, und ziehen Bibelinterpretationen wissenschaftlichen Messungen in den Polarregionen vor. Die Teile des Kapitals, die die Republikaner in dieser Hinsicht stützen, brauchen keine theologischen Erleuchtungen, sie verlassen sich auf ihre Finanzberater und fürchten sich vor Regulierung und Besteuerung. Diese häufig anzutreffende Allianz von Zynikern und Ignoranten möchte den Präsidenten nun nötigen, eine Pipeline von Kanada zum Golf von Mexiko (mit dem Namen Keystone) zu genehmigen, das ist aktuell der Fokus politischer Spannungen. Bisher hat der Präsident auf dem Gebiet der Umweltpolitik klar Stellung bezogen – trotz einigen Drucks aus den eigenen Reihen.

In der Außen- und Militärpolitik hat der Präsident eine gemischte Bilanz vorzuweisen. Auf der positiven Seite hat er den offensichtlichsten der katastrophalen Wege nicht eingeschlagen, das sehen viele Demokraten so und auch nicht allzu wenige Realisten in der außenpolitischen Elite wie die Veteranen Brzezinski, Kissinger und Scowcroft. Das heißt, er hat sich im Nahen Osten nicht in intensive Kriegsführung hineinziehen lassen, und trotz einer bedauerlichen Menge antirussischer Rhetorik von Seiten der Regierung hat er sowohl explizit als auch im Stillen insbesondere Deutschland ermutigt, mit Russland eine Art Waffenstillstand in der Ukraine auszuhandeln. Der Kongress opponiert mit Rücksicht auf den finanziellen und politischen Druck der Israel-Lobby lauthals gegen die verworrenen Verhandlungen mit dem Iran. Auch in dieser Hinsicht hat sich der Präsident ziemlich standhaft gezeigt und wird vielleicht ein Abkommen mit dem Iran zustandebringen. Die hinsichtlich des Nahen Ostens völlig unkundige und dem militärischem Engagement dort argwöhnisch gegenüberstehende Öffentlichkeit würde dies akzeptieren. Zur Öffentlichkeit gehört aber auch eine große Anzahl Christen, die die dunkelsten Ängste vor dem Islam und einer Islamisierung haben; die Erinnerung an die Anschläge auf die Twin Towers 2001 wirkt als nationale Obsession nach. Zwischenzeitlich hat der Präsident seine Absicht bekanntgegeben, die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba anzustreben. Ältere Teile der kubanischen Immigranten und die Partei der amerikanischen Hegemonie und des permanenten Kriegführens (im wesentlichen, aber nicht ausschließlich Republikaner) stellen sich in der Kuba-Frage gegen den Präsidenten. Der Rest des Landes scheint dem Präsidenten beizupflichten, wenn er sagt, dass der Konflikt mit Kuba auf Ereignisse lange vor der Geburt der meisten heute Lebenden

zurückgeht und dass es Zeit für einen Neuanfang sei. Nur sechzehn Jahre nach der sowjetischen Revolution haben die USA diplomatische Beziehungen zur UdSSR aufgenommen, 24 Jahre nach der Gründung der Volksrepublik China hat Nixon China besucht. Die Abkehr von Kuba dauert seit der Präsidentschaft Eisenhowers (1960) an, und sie hat ziemlich offensichtlich nicht dazu geführt, die kubanischen Kommunisten zu vertreiben. Amerikanische Landwirte und andere Geschäftsinteressen sind sehr für die Normalisierung der Beziehungen.

Was jedoch sind normale Beziehungen der USA mit dem Rest der Welt? Obama, der internationale Beziehungen an der Universität studiert hat, scheint immer unsicherer zu werden bei der Beantwortung dieser Frage. Die Welt, in der er aufgewachsen ist, eine in der die USA gekämpft haben, um eine gewisse Vorherrschaft zu erhalten, ist vorbei. Seine außenpolitischen Beamten sind auffällige Anhänger der universalen Menschenrechte. Es gibt angesichts des aktuellen Zustands der Weltgemeinschaft keine gesicherten oder sichtbaren Wege für die USA, Menschenrechte in Ländern zu etablieren, die diese Rechte nicht institutionalisieren. Schlimmer noch, es ist offensichtlich, dass in wesentlichen Aspekten der US-Außen- und Militärpolitik Menschenrechte keine Priorität haben. Angesichts der Beharrlichkeit des militärischen und politischen Apparats, der die US-Politik verwaltet, ist ziemlich klar, dass der Präsident nicht alles selbst bestimmt. Er hat wiederholt militärischen Maßnahmen zustimmen müssen, die besser unterlassen worden wären, er war nicht in der Lage, den nebulösen und grenzenlosen „Krieg gegen den Terror“ durch ein neues Konzept abzulösen, und er wurde überzeugt oder verpflichtet, einer militärisch-politisch-wirtschaftlichen Asienpolitik zuzustimmen, die in einer Konfrontation mit China enden könnte und bereits die schlimmsten Erscheinungsformen des japanischen Militarismus wiederbelebt hat.

Ich werde diese Fragen in nachfolgenden Texten erörtern. Mir ist klar, dass dieser Artikel nur die Oberfläche der Themen berührt hat und nicht tiefer einsteigt. Die amerikanische Politik ist jedoch ein Strudel, in dem sich Kultur, Ethnizität, Geschlechter, Geld, Rasse und Verbrechen vermischen. Ich werde in nachfolgenden Beiträgen darüber schreiben.